

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Fichtenbauer

und weiterer Abgeordneter

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Landesverteidigung

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht und Antrag des Landesverteidigungsausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Auslandseinsatzgesetz 2001 und das Militärbefugnisgesetz geändert werden (400 d.B.) in der 41. Sitzung des Nationalrates am 5. Dezember 2007

„Der Tschad ist kein Kriegsgebiet und die Lage ist stabil.“ Dies waren die Worte von Bundesminister Darabos am 6. November 2007 gegenüber der Austria Presse Agentur.

Anfang Oktober 2007 wurde Bundesminister Darabos zitiert: „Die Tschad-Mission der EU ist absolut notwendig, damit Sicherheit und Stabilität an der Grenze zu Darfur gewährleistet wird.“ Ein Monat später, am Mittwoch, den 7. November 2007 beschloss der Ministerrat die Beteiligung des Österreichischen Bundesheeres an der gemeinsamen Aktion der EU im Tschad.

Am 6. November 2007 stellte Darabos in der OTS0136 fest:

„Es wird ein zentrales Wesensmerkmal der Mission sein, strikte Unparteilichkeit gegenüber den Fraktionen aktueller innertschadischer Konflikte zu wahren.“ ...

"Dieser Einsatz wurde politisch und militärisch präzise vorbereitet."

In einem Interview mit der Tageszeitung „Österreich“, auch zu finden unter OTS0355, 7. November 2007, erklärt Bundesminister Darabos:

"Jeder Auslandseinsatz wird am Beginn mit Misstrauen gesehen. Wir müssen der Bevölkerung jetzt erklären, dass er notwendig ist. Das hat außenpolitische Dimensionen, die man nicht an Umfragen messen kann."

Die Lagebeurteilung in der „Militärstrategischen Weisung Nr. 2“ des Bundesministeriums für Landesverteidigung vom 9. November 2007 besagt im Gegensatz zu den Aussagen von Bundesminister Darabos:

„1. LAGE

1.1. Lage im Einsatzraum

1.1. 1. Allgemein

Die Lage im TSCHAD ist einerseits geprägt von interethnischen Auseinandersetzungen mit Bürgerkriegscharakter, wobei es das erklärte Ziel eines Großteils der Rebellen-Gruppierungen ist, die Regierung, insbesondere aber den Präsidenten zu stürzen. Andererseits nimmt die äußerst instabile Lage im sudanesischen DARFUR und die daraus resultierende hohe Zahl von sudanesischen Flüchtlingen und tschadischen Binnenflüchtlingen Einfluss auf die Lage im Ost-TSCHAD.

1.1 .2. Politische Lage

Am 26.10.07 unterzeichneten die tschadische Regierung und die einflussreichsten Rebellengruppen in LIBYEN ein Friedensabkommen, jedoch muss der Wert dieses Abkommens angesichts der Neigung der verschiedenen Gruppierungen zur Fraktionalisierung in Frage gestellt werden. Darüber hinaus haben die Rebellen die Zeit der Verhandlungen zur Aufrüstung, personellen Konsolidierung und Besetzung von operationell wichtigen Räumen entlang der sudanesischen Grenze genutzt, was den Schluss zulässt, dass diese Milizen den bewaffneten Widerstand gegen die tschadische Regierung weiterhin als Erfolg versprechende Option betrachten. Die Präsenz der französischen Kräfte im TSCHAD gilt zwar allgemein als stabilisierender Faktor, die eindeutige Parteinahme der Franzosen für Präsident Idris DEBY könnte aber den Handlungsspielraum der EUFOR begrenzen und in letzter Konsequenz zu einer Parteinahme der EU-Friedenstruppe führen.

Die politische Lage im sudanesischen DARFUR-Konflikt wird von einem Scheitern des Friedensprozesses gekennzeichnet, was sich in einem völligen Verfall der Sicherheitslage niederschlägt. Auch auf diesem Schauplatz ist die laufende Bildung von neuen Splittergruppen unter den verschiedenen Rebellenmilizen zu beobachten, was mögliche zukünftige Verhandlungen extrem erschwert. Darüber hinaus stellt das Nichtzustandekommen des Friedensabkommens die Stationierung der geplanten VN-AU-hybrid-Friedenstruppen in Frage, womit eine Stabilisierung DARFURs in weite Ferne rückt.

1.1.3. Sicherheitslage

Nach heftigen Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Rebellenmilizen mit mehr als 20 Toten im Raum von GUEREDA verhängte die Regierung am 16.10.07 über weite Teile des Nord- und Ost-TSCHADs für vorerst 12 Tage den Ausnahmezustand. Dieser wurde in der Zwischenzeit bis Mitte Dezember 2007 verlängert.

Nach dem Friedensabkommen von LIBYEN halten sich von den etwa 7.000 erkannten Rebellenmilizen die etwa 1.500 Kämpfer der GOCK-FUC (ethnische TAMA) in Ruheräumen der Provinz WADI FIRA auf und scheinen sich derzeit an das Abkommen halten zu wollen. Die restliche ca. 5.500 Mann stehen in DARFUR an der Grenze zum TSCHAD und könnten von dort aus jederzeit zu Aktionen im Ost-TSCHAD ansetzen. Von diesen Kräften verfügt die größte Miliz der UFDD (ethnische GORAN und TOUBOU) mit einer Stärke von etwa 3.000 über die beste Bewaffnung und Ausrüstung: neben SA-7 wurden ZPU-23/4 sowie 10,6 rPAK (vehicle mounted) erkannt. Dieser Miliz wurde der MANPAD-Angriff auf ein französisches Aufklärungsflugzeug im Oktober 2006 und der Abschuss einer tschadischen Maschine im November 2006 zugeschrieben.

Unter dem Gesichtspunkt, dass sich die noch aktiven Rebellengruppen den Sturz von Präsident DEBY zum Ziel gesetzt haben, ist mit der Möglichkeit eines Wiederaufflammens der bewaffneten Auseinandersetzungen zu rechnen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die Rebellen - wie bereits im April 2006 - auch die Hauptstadt NDJAMENA angreifen. Die Vorwarnzeit für einen derartigen Angriff würde dabei voraussichtlich einige wenige Tage betragen. Ob in einem derartigen Anlassfall auch dieses Mal die französischen Streitkräfte auf der Seite der Regierungstruppen in die Kämpfe eingreifen würden, kann derzeit nicht beurteilt werden.

Da im TSCHAD wie auch im benachbarten SUDAN die ethnische Zusammengehörigkeit über eine eventuelle politische Agenda zu stellen ist, werden auch bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Volksgruppen bzw. ihren Milizen zu erwarten sein. Diese werden meist ohne Vorwarnung, auch grenzüberschreitend aus dem SUDAN in Form von lokalen Gefechten auftreten. Dabei ist eine Unterstützung durch sudanesischen Streitkräfte in Form von Luft- und/oder Artillerieunterstützung zwar möglich, derzeit aber wenig wahrscheinlich.

Die Existenz von bewaffneten Elementen mit kriminellen Hintergrund ist evident. Deren Aktivitäten sollten sich auf Hinterhalt und Überfall beschränken, wobei ein entsprechend umsichtiges und entschiedenes Auftreten die Gefährdung minimieren sollte.

Die Existenz von UXOs im vorgesehenen Einsatzraum ist erwiesen, bei einem Großteil der Opfer handelt es sich jedoch um spielende Kinder (lt. OCHA 182 Tote vom 01 Jän07 bis 30Sep07). Über Verluste der tschadischen Streitkräfte, den Rebellen und auch den französischen Kräfte liegen keine Berichte vor, obwohl alle diese ungehärtete Fahrzeuge verwenden.

1.1.4. Bewertung

In den meisten Fällen werden die Truppen der EUFOR vermutlich nicht das eigentliche Ziel der Angriffe sein, Auswirkungen der Kampfhandlungen auf die Eigenen können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus birgt die Parteinahme FRANKREICHs für die tschadische Regierung und Präsident DEBY die Gefahr einer direkten Involvierung der EUFOR in die bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die Lage ist nicht ruhig und nicht stabil, die Bedrohung für die Eigenen ist hoch.“

Erstellt wurde dieses Papier anscheinend am 9. November 2007, am Tag der Berichterstattung von Bundesminister Darabos an den Hauptausschuss und Beschlussfassung der Entsendung in den Tschad durch den Hauptausschuss im Parlament.

Am 22. November wurde von der Austria Presse Agentur Generalmajor Christian Segur-Cabanac zitiert:

„Generell wird die Lage im Tschad derzeit als mittel und daher stabil eingestuft.“

Die Ausbildungsmaßnahmen für unsere Soldaten wurden geschildert:

„Thema bei den Vorbereitungen ist auch das Problem der Kindersoldaten. In erster Linie versuche man, solchen Situationen auszuweichen und einfach davonzufahren, wenn sich ein Kontakt mit Kindersoldaten abzeichnet, erklärte Weissenbacher. Sollte es trotzdem zu einem Zusammentreffen kommen, setzten die Soldaten auf "Deeskalation". Sie zeigen ihre Handflächen, machen sich kleiner und begeben sich auf Augenhöhe mit den Kindern. Das Wichtigste in solchen Situationen sei es, deeskalierend zu wirken. ...“

Und der Bundesminister verkündete zur Abwechslung, dass der Einsatz im Tschad "überschaubar und bewältigbar" ist.

Am 26. November 2007 berichtete die Austria Presse Agentur unter dem Titel „Schwere Kämpfe im Tschad im Einsatzgebiet künftiger EU-Truppe“ folgendes:

„Im Osten des Tschad nahe an der Grenze zur westsudanesischen Krisenprovinz Darfur sind am Montag schwere Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellen ausgebrochen. Der britische Rundfunksender BBC berichtete unter Berufung auf Hilfsorganisationen in der Region, seit dem Morgen werde an mehreren Orten östlich der Provinzkleinstadt Abéché mit Maschinengewehren und schweren Feuerwaffen heftig gekämpft. Diese Region soll auch das Einsatzgebiet der EU-Friedenstruppe sein, die Anfang kommenden Jahres im Osten des Tschad stationiert werden soll. Auch 160 Soldaten des österreichischen Bundesheers beteiligen sich an der Mission. ...“

Diese Nachricht wurde von Bundesminister Darabos nur lapidar abgetan: „Ja, es gibt ein Risiko. Aber das gibt es überall, und wenn wir nur dort hingehen, wo ein Risiko zu hundert Prozent auszuschließen ist, dann bräuchten wir überhaupt nirgendwo hingehen.“

Schon am 30. November 2007, bemerkenswerter Weise genau während der Sitzung des Landesverteidigungsausschusses, schlug folgende Nachricht, APA0284, mit dem Titel „Rebellen im Tschad drohen ausländischen Truppen“ ein:

„Nach heftigen Kämpfen im Osten des Tschad hat die Rebellengruppe Union der Kräfte für Demokratie und Entwicklung (UFDD) französischen und anderen ausländischen Truppen massiv gedroht. "Ab sofort" befinde sich die UFDD "im Kriegszustand mit der französischen Armee und jeder anderen ausländischen Militärmacht auf nationalem Gebiet", sagte der Sprecher Mahamad Hassane Boulmaye am Freitag. Auch Österreich sollte noch im Dezember erste Soldaten als Teil der EU-Friedenstruppe EUFOR in den Tschad schicken.

In einer Pressemitteilung hieß es, die UFDD verurteile entschieden die Haltung der französischen Armee bei den heftigen Kämpfen vom Donnerstag. Laut Boulmaye überflogen französische Flugzeuge Stellungen der Rebellen. ...“

Am 4. Dezember 2007 schrieb die Tageszeitung „Der Standard“ unter dem Titel „US-Studie warnt EU vor Risiken im Tschad - Eufor-Truppe zu klein, um Rebellen abzuschrecken – Ausstiegsszenario fehlt“ folgendes:

„Zu gering dimensioniert, logistisch aufwändiger als bisher bekannt und ohne Zukunftsperspektive: Das ist die Einschätzung der Eufor-Mission in den Tschad aus der Sicht des Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge bei Boston. Dessen „Security Study Program“ veröffentlichte soeben eine Studie mit dem Titel „African Adventure?“ – wobei Studienautor Björn Seibert das Abenteuerliche der Planung besonders unterstreicht.

Seibert, der vor seinem Engagement in Boston für die Deutsche Bundeswehr tätig war, rechnete unter anderem nach, dass die vorgesehene Truppengröße der Eufor (rund 3700, ein endgültiger Beschluss steht immer noch aus) viel zu gering ist, um ausreichend Sicherheit in der Region zu schaffen.

Um dies bewerkstelligen zu können, wären eher 12.500 Mann notwendig: „Ein Schlüsselfaktor für den Erfolg der EU-Mission ist die Fähigkeit, glaubwürdige Präsenz im Einsatzgebiet zu zeigen.“ Selbst 12.500 Mann ergäben nur eine Präsenz von 0,06 EU-Soldaten pro Quadratkilometer. Seibert erinnert daran, dass die „Operation Turquoise“, mit der die UNO 1994_in Ruanda eine Schutzzone einzurichten versucht

hat, vor allem wegen der zu geringen Truppenstärke gescheitert ist. Dort kamen rechnerisch 0,35 Soldaten auf einen Quadratkilometer.

Wenn man einen Aufmarsch schon so dünn plane, dann müsse man wenigstens mit Hubschraubern den Eindruck einer „omnipräsenten Streitmacht“ erzeugen. Aber, wie der Standard berichtete, mangelt es gerade an wüstentauglichen Hubschraubern.

Unkalkulierbar seien die Kosten der Mission – obwohl die geplanten Aufmarschzeiten realistisch eingeschätzt wurden, seien Engpässe beim Lufttransport und hohe Mietkosten bei Transportflugzeugen zu erwarten. Wenn auch nur ein Fünftel des Bedarfs eingeflogen werden muss, sind die Kosten allein dafür zwischen 6,29 und 11,55 Millionen Euro anzusetzen.

Wobei die Versorgung während der Folgemonate noch gar nicht eingerechnet ist. Auch weiß niemand, für wie viele Folgemonate man kalkulieren müsste.

Die Studie verweist nämlich darauf, dass keineswegs abschätzbar ist, wie lange das afrikanische Abenteuer der EU wirklich dauern soll. Es sei „unwahrscheinlich, dass die Eufor von einer Nachfolge-Truppe der UN nach einem Jahr abgelöst wird“.

Dann aber kämen neue Probleme: „Da der Konflikt wenig Chance hat, rasch gelöst zu werden, lässt sich die EU womöglich auf eine Langzeit-Mission ein.“ Folge: Daheim würde die Unterstützung für einen sich hinziehenden kostspieligen Einsatz mehr und mehr schwinden.

Gleichzeitig würde die Eufor, je länger sie im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik bleibt, auch immer tiefer in das verworrene Netz der Konflikte verstrickt, von denen die Region seit 20 Jahren heimgesucht wird.“

Am selben Tag berichtet die Tageszeitung „Die Presse“:
„Frankreich schützt nicht nur Flüchtlinge, sondern auch den Präsident des Tschad Idriss Déby.

Die Begeisterung für den von Frankreich gewünschten Eufor-Einsatz im Tschad hielt sich innerhalb der EU von Beginn an in Grenzen. Wachsende Spannungen zwischen dem Regime von Präsident Idriss Déby und diversen tschadischen Rebellen haben die Skepsis geschürt. Die im Osten des Landes operierende Rebellenarmee von General Mahamat Nouri hat den bereits im Tschad anwesenden französischen Truppen de facto den Krieg erklärt.

Laut Communiqué von Nouris UFDD von Ende letzter Woche befinden sich die Rebellen im Kriegszustand mit Frankreich. Ein Sprecher der UFDD bezog in einem Interview mit dem „Profil“ gleich auch die 160 österreichischen Soldaten mit ein, die an der rund 3400 Mann starken Eufor-Truppe teilnehmen sollen. Die Hälfte des Kontingents stellt Frankreich.

Vorbedingung der EU-Partner für eine Teilnahme im Tschad ist die strikte Neutralität gegenüber den Auseinandersetzungen im Gastland. Doch ist Frankreich nicht Partei? Im Rahmen der französischen Operation „Epervier“ (Sperber) sind derzeit 1100 bis 1200 Soldaten im Tschad im Einsatz.

Ihre Aufgabe besteht aufgrund eines Kooperationsabkommens von 1976 in medizinischer und logistischer Hilfe sowie in der Aufklärung. Nach offizieller Darstellung beteiligen sie sich nicht direkt an den Kämpfen. In Wirklichkeit verhalten sich die französischen Militärs aber nicht unparteiisch. Aufgrund der französischen Aufklärungsflüge verfügt die Regierungsarmee über Informationen, die über den Ausgang der Gefechte entscheiden können.

Im April 2006 griffen französische Militärjets auch direkt ein, in mindestens einem Fall feuerte ein Mirage-Flugzeug Warnschüsse auf Rebellen ab, die auf die Hauptstadt Ndjamena marschierten. ...“

Und nochmals berichtet „Der Standard“:

„Neue Fronten im Ost-Tschad - Zwei weitere Rebellengruppen sagen der Regierung den Kampf an.

Die Lage im Osten des Tschad kippt immer mehr in Richtung eines Bürgerkriegs. Nach den „Vereinten Kräfte für Demokratie und Entwicklung“ (UFDD) kämpfen seit dem Wochenende weitere Rebellengruppen gegen die tschadische Armee. Der Sprecher der „Vereinten Kräfte für den Wandel“ (RFC), Id Moura Maïde, erklärte am Montag, die tschadische Luftwaffe habe am Samstag ihre Stellungen im fernen Nordosten des Landes nahe der libyschen Grenze bombardiert. Daraufhin seien schwere Kämpfe ausgebrochen. 200 Kampfwagen der RFC sollen derzeit im Osten des Landes unterwegs sein. Die RFC hatte als erste Rebellengruppe einen Waffenstillstand annulliert, der erst Ende Oktober in Libyen ausgehandelt worden war.

Sprecher beider Rebellengruppen kündigten am Montag an, ihre Angriffe gegen die Regierung miteinander abzustimmen. „Wir koordinieren uns, aber jeder kämpft für sich“, so Maïde. Die Zusammenarbeit der Rebellen ist erstaunlich, weil ihre Interessen gegensätzlich sind: Die RFC gilt als Bewegung enttäuschter Zaghawa, einer großen Volksgruppe, der auch Präsident Idriss Déby angehört.

Die UFDD hingegen, die sich aus ethnischen Tubu rekrutiert, kämpft gegen die Vorherrschaft der Zaghawa in Politik und Militär. Als dritte Kraft kam am Montag die „Vereinte Front für den Wandel“ (FUC) von Mahammat Nour ins Spiel: Nour, der seine Hochburg in der größten ost-tschadischen Stadt Abéché hat, war am Samstag von Déby aus seinem Amt als Verteidigungsminister entlassen worden. Schon vor Monaten hatte Nour seine Armee aus ethnischen Tama kampfbereit gemacht, unter den Augen der Vorausmission der Europäischen Union. Nour, der nach seiner Entlassung in die libysche Botschaft floh, hat angeblich bereits das Kommando zum Angriff gegeben.

„Es gibt ein Bündnisabkommen zwischen der FUC und uns. Sobald die FUC-Kämpfer bereit sind, werden wir gemeinsam Stellungen der Regierung angreifen“, erklärte UFDD-Generalsekretär Abakar Tollimi. Mindestens 40 Pick-up-Trucks, „bis obenhin voll gepackt mit FUC-Kämpfern“, würden in den kommenden Tagen zu den UFDD-Truppen stoßen.

Für die EU-Truppe unter österreichischer Beteiligung, deren 3700 Soldaten in den kommenden Wochen im Tschad stationiert werden sollen, um Flüchtlinge aus Darfur zu schützen, ist die Allianz aus den Rebellengruppen gleich mehrfach eine schlechte Nachricht. Die starke Position der Rebellen erhöht zum einen die Wahrscheinlichkeit langanhaltender Kämpfe. Zum anderen dürften RFC und FUC sich der Position der

UFDD anschließen, auch die Verbündeten des seit 17 Jahren autoritär regierenden tschadischen Präsidenten Déby als ihre Feinde zu betrachten. Frankreichs Armee führt mit ihren in der Hauptstadt N'Djamena stationierten Mirage-Jets schon seit Monaten Aufklärungsflüge nahe der Grenze zum Sudan durch. Schon mehrfach waren die Rebellen wegen der Ergebnisse dieser Luftbeobachtung von tschadischen Truppen zurückgeschlagen worden.“

Nach den geschilderten Lagebildern muss man kein General sein, um festzustellen, dass die Lage im Tschad alles andere als „STABIL“ ist. Die Gefährdung unserer Soldaten ist höher denn je, eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. Die Unparteilichkeit der europäischen Truppen ist auf Grund des Engagements Frankreichs im Tschad nicht mehr gegeben. Rebellentruppen erklärten allen ausländischen Militärs den Krieg.

Die Kosten von angeblich 25 Millionen Euro sind vom Bundesministerium für Landesverteidigung zu tragen, obwohl die Landesverteidigung weder genug Geld für die Bundesheerreform noch für die notwendige Ausrüstung unserer Soldaten zur Verfügung hat. Einige für diesen Einsatz notwendige Ausrüstungsgegenstände sind noch nicht einmal beschafft worden. Im Bereich der Einsatzunterstützung heißt es laut Weisung Nr. 2, dass vertragliche Leistungen und bilaterale Abkommen derzeit nicht vorhanden sind.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die meisten Armeen nicht für alle Klimazonen und Einsatzgebiete gerüstet sind, sondern sich spezialisieren. Österreich hat nicht die Ausrüstung und die finanziellen Mittel überall Einsätze durchzuführen.

Die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten hat am 25.11.07 folgendes verlauten lassen: „Wir können die militärische Lage im Tschad nicht einschätzen aber den Einsatz verantworten.“ Vielleicht liegt diese widersprüchliche Einschätzung darin begründet, daß der Einsatz des Österreichischen Bundesheeres im Tschad eine zu erbringende Vorleistung für den von Ihnen angestrebten nicht permanenten Sitz Österreichs im UN-Sicherheitsrat ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Landesverteidigung wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

Handwritten signatures of several members of the National Council, including names like A. F. and others, written in black ink.